

**Erste Lesung**

**Gesetzentwurf**

**Faktion der Freien Demokraten**

**Gesetz zur Förderung des stationsbasierten Carsharings**

**– Drucks. 20/3899 –**

Rede Rolf Kahnt am 10. November 2020

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Die zwei Minuten sind eigentlich schon um“, wird mir gerade von der Regierungsbank zugerufen.

Der Gesetzentwurf der Freien Demokraten soll es den Kommunen ermöglichen, öffentliche Straßen zeitlich befristet für stationsbasiertes Carsharing zur Verfügung zu stellen.

Carsharing kann für mehr Lebensqualität sorgen, besonders in belasteten Innenstädten mit Einwohnerzahlen von 50.000 aufwärts. Das beweisen allein dortige Carsharingkunden. 32 % von ihnen fahren öfter Rad, 70 % fahren seltener Auto, und 40 % nutzen öfter Bus und Bahn.

Stationsbasierte Systeme sprechen im Gegensatz zu Free-Floating-Systemen die Kunden stärker an, die auf das eigene Auto aus vielerlei Gründen verzichten möchten. Sie sind der Überzeugung, dass sie ein eigenes Auto nicht brauchen. Der Gesetzentwurf bietet daher zusätzliche Vorteile für Verbraucher, für die die Leihstation nicht gerade um die Ecke liegt.

Dafür sprechen auch Fakten: 82 % der in Städten Lebenden wünschen sich weniger Autos in den Städten. Carsharing ist umweltfreundlich. Es ersetzt bis zu 20 private Pkw. Carsharing ist billiger, als ein eigenes Auto zu fahren, und Autos stehen durchschnittlich 23 Stunden pro Tag ungenutzt am Straßenrand. Es gibt deutschlandweit inzwischen etwa 2,4 Millionen Nutzer.

Darüber hinaus bewirkt Carsharing ein reflektiertes Fahrverhalten. Moderne Stadtentwicklungsplaner sehen für belastete Innenstädte vorbildliche Effekte, wenn es darum geht, dass die Städte lebenswerter werden. Verkehrs- und Umweltbelastungen werden vermindert. Die Lebensqualität steigt. Wer könnte sich dem entgegenstellen? Die Vorteile des Carsharings sind den Versuch wert, dass Kommunen hierfür öffentliche Straßenräume zur Verfügung stellen und dass die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Vielen Dank.